

Wilsdruffer Tageblatt

Sernwrecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Wochenblatt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage wöchentlich 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 3 Mk., durch unsere Ausleger im Voraus in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle eines Krieges, Krieges oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises.



Interaktionspreis 1.50 Mk. für die 6 gespaltene Korpuszelle ober oder unten Raum, Restamen, die 2 spaltigen Korpuszelle 3.50 Mk. Die Werbepreise sind für den ersten Tag entsprechend der Preiskategorie. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gespaltene Korpuszelle 4.50 Mk. Nachverpflichtung 50 Pfg. Tagesanmeldung die vierteljährlich 10 Mk. Für die Möglichkeit der durch Journal übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis erhöht, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Arrest gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Böttig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 250.

Dienstag den 25. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Kartoffelverkauf

für diejenigen Einwohner, die wochenweisen Bezug angemeldet, haben findet am 28. Oktober von 8—11 und 1—4 in der neuen Schule statt. — Bezahlung und Bezugsmarken vorher im Zimmer 2.

Wilsdruff, am 24. Oktober 1921.

308

Der Stadtrat.

Grumbach.

Die Mauerarbeiten in der Pfarre zu Grumbach sind zu vergeben. Kostenschätzungen sind bis 1. November 1921 einzureichen. Weitere Auskunft erteilt in den Normtagsstunden der Unterzeichnete.

Der Kirchenvorstand
Umlauf.

370

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Zwischen Deutschland und England sollen Verhandlungen im Gange sein, um ein ähnliches Abkommen wie das Wiesbadener mit Frankreich zuhandeln zu lassen.
- * Die amerikanischen Truppen sollen in etwa vierzehn Tagen vom Rhein zurückgezogen werden.
- * Kaiser Karl von Österreich traf mittels Flugzeug in Ebnenburg ein und soll mit Truppen auf Budapest marschieren, um sich zum König von Ungarn auszurufen zu lassen.
- * In einem Telegramm an den Papst sagt der Vorkämpfer de Valera, das irische Volk schulde dem britischen König keine Treue.

Rücktritt der Reichsregierung.

Dr. Wirths Begründung an den Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten am Sonnabend abend 7 Uhr die Demission des Kabinetts mit folgendem Schreiben überreicht:

Herr Reichspräsident! In schwerer Stunde habe ich das gegenwärtige Kabinett entlassen, die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatus zu übernehmen. Fünf Monate lang hat es eine Politik geführt, welche getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ernstlichen Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiederherstellung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volke auferlegten überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Vorkriegsbeitrag von einer Milliarde Goldmark zum 31. August abgetragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Endwaffnung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. Es durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen und auf sein ernsthaftes Bestreben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Behebung der Nachschüsse restlos aufgehoben und hinsichtlich Oberschlesiens eine Lösung gefunden würde, welche dem Rechtsempfinden des deutschen Volkes und der Oberschlesier sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entspräche. Statt dessen ist ein Diktat erfolgt, durch welches nicht nur weite Flächen des ober-schlesischen Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der weitans überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel der Verarbeitungsfähigkeit der deutschen Heimat entzogen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll, entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, und entgegen dem klaren Ergebnis der Abstimmung unter Fremdberrschaft fallen. Niemals wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es wehrlos hinnehmen muß, verschmerzen.

Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht, ist es sich doch vollkommen klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schlesische Diktat sich erheblich verengt haben und daß somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist. In Würdigung dieser Tatsachen hat das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hände, Herr Reichspräsident, zurückzugeben. In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzutellen. Der Reichskanzler Dr. Wirth.

In die Uebertreibung der Demission schloß sich eine längere Aussprache über die politische Lage an, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichskanzler ersuchte, mit den übrigen Reichsministern die Geschäfte zunächst weiterzuführen. Damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden.

Aus dem zerrissenen Lande

Die Aufnahme der Note in Oberschlesien.

Nach härter als im übrigen Reich hat die Ungläublichkeit von der Zerreißung Oberschlesiens in der unglücklichen Provinz selbst Enttäuschung und Schrecken hervorgerufen. Aus den an Polen fallenden Gebieten wird die Zahl zahlreicher Deutscher gemeldet und schon macht sich der Übermut der Polen heftig bemerkbar, die bereits daran gehen, nach der Zerteilung des Landes die polnischen Nachfolger für die führenden Beamten in den

verlorenen deutschen Städten auszusuchen, und die die deutschen Bewohner bedrängen und in einzelnen Fällen zum Verlassen ihrer Wohnorte zwingen. Der Entschluß



Die genaue Grenzlinie.

des Völkerbundesrates soll in Opper-Oberschlesien nicht eher offiziell veröffentlicht werden, als bis das Wirtschaftsabkommen zwischen Polen und Deutschland perfekt ist, so daß erst dann die einmonatige Frist für den Abzug der interalliierten Kommission und den Abtransport der interalliierten Truppen zu laufen beginnt. Die interalliierte Kommission erwartet von der ober-schlesischen Bevölkerung

keinen weiteren Widerstand,

so daß man von der nach Blättermeldungen geplanten Verhängung des Belagerungsjustandes absehen wird. Während sich Engländer und Italiener der Entscheidung gegenüber reserviert verhalten, hat diese in den französischen Kreisen der Kommission unstreitig lebhaftes Gernutmen hervorgerufen. Wenn auch die Meldung richtig ist, daß die deutschen Bewohner keinen Widerstand leisten, zu dem ja auch nach der Entwaffnung gar keine Möglichkeit besteht (und die Polen haben wohl kaum Grund, der Annahme des gescheiterten Landes zu widerstreben), so macht sich doch die Empörung und der Jorn der Bevölkerung in erschütternden Protestkundgebungen

bemerkbar. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften von Königsgrün haben folgendes Telegramm an den Reichskanzler in Berlin gefandt:

Das Unrecht ist Wirklichkeit geworden. Die deutsche Stadt Königsgrün ist vom alten Vaterland losgerissen. Auch unter der Fremdberrschaft werden wir unser Deutschtum bewahren und mit den Brüdern und Schwestern im Reich eines Sinnes sein.

Gleichzeitig erlassen die Abfender dieser Kundgebung folgenden Aufruf:

Deutsche Bürger aus Königsgrün! Das bisher Ungläubliche ist eingetroffen. Unsere Stadt, die zu 75 Prozent deutsch ist, wird gegen unsern Willen und gegen unsern klaren Recht einem fremden Staate zugebilligt. Unsere Zukunft müssen wir neu schaffen. Erinnert die schweren Tage der Übergabe mit Ruhe! Bewahrt eure Würde. Vergesst nicht, daß ihr Deutsche seid! Schließt euch enger als je zusammen.

In Breslau hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß sämtliche pädagogische Gebäude einschließlich der Schulen halbmaß oder mit Trauerflor zu schlagen haben.

„Ein germanisches Lebensinteresse“.

Schwedisches Urteil über Oberschlesien. Mit wie erster Sorge die Folgen des Seneser Urteils für die gesamte europäische Welt, insbesondere aber für die Völker germanischer Rasse auch in neutralen Ländern betrachtet werden, dafür gibt ein Ausspruch des Stockholmer Blattes „Dagens Tidning“ einen klaren Beweis. Dort ist zu lesen:

Keine Entente-Propaganda kann jemals die Tatsache verunkeln, daß im Weltkriege Deutschlands Kampf der Kampf des Friedens gegen die Gewalt war, der Kampf europäischer Ordnung gegen grenzenlose Rücksichtslosigkeit. Der beste Beweis hierfür ist das Schicksal Oberschlesiens, wo zum deutlichen Schaden des künftigen Weltfriedens ein Gebietsteil durch den Völkerbund von Deutschland getrennt wird, der ihm 700 Jahre lang gehörte, und der für sein wirtschaftliches Leben notwendig ist. Daselbstes Gefühl, das Schwedens Volk immer stärker befeuert, dürfte sich auch bei andern neutralen Staaten finden: Gewalt und Unrecht gegen Deutschland müssen schnell ein Ende nehmen. Die Welt hat Überzeugung hiervon, und überall außerhalb der Ententeländer steht in diesem Augenblick der Völkerbund als ein scheußliches Zerstück dessen da, was er einst hätte werden sollen. Es ist ein germanisches Lebensinteresse, daß Deutschlands Volk nicht zur Verzweiflung getrieben wird. Wir und auch die ganze Welt brauchen ein deutsches Volk, eine deutsche Kultur, deutsche Ordnung, deutsche Verteilung des Lebens und des Lebensproblems. Tausendmal alle, die wir noch in der Welt die Freiheit hierzu haben, immer wieder gegenüber den jetzt an der Macht stehenden ausrufen: „Europas Freiheit fordert ein freies Deutschland.“

Kaiser Karl in Ungarn.

Beginn einer monarchistischen Umwälzung.

Am Wochenanfang wurde die Welt überrascht mit der Nachricht von einem neuen Unternehmen des bisher in der Schweiz weilenden ehemaligen Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn, Karls von Habsburg.

In Wien wurde bekannt, daß Kaiser Karl in Ebnenburg mittels Luftschiff gelandet sei. Die Truppen seien auf ihn vereidigt worden. Der Bahnverkehr zwischen Österreich und Ungarn ist unterbrochen worden. Der österreichische Ministerrat trat sofort zusammen und beriet bis 2 Uhr nachts, um Vorkehrungen zu treffen. Militär und Polizei wurde zusammengeschoben. Karl soll an der Spitze der Franay- und Ebnenburg-Truppen nach Budapest marschieren. Der Zugverkehr nach Ungarn ist eingestellt. In Budapest ist die Regierung beschleunigt gestürzt. Eine karlschische Regierung mit Károlyi und Julius Andrássy ist an ihre Stelle gesetzt worden.

Das Unternehmen des früheren Monarchen der österreichisch-ungarischen Monarchie ähnelt in auffallender Weise dem von ihm zu Opatowitz d. Z. verübten Handstreich. Am 16. März erschien Karl in Steinamanger, wo er den Oberbefehl über die Truppen übernahm mit der Absicht, die ungarische Krone auf sein Haupt zu setzen. Nach der Ansicht seiner Anhänger und wohl auch nach seiner eigenen Meinung hat er auf die Königswürde in Ungarn nie verzichtet, wenn er auch zur Niederlegung der österreichischen Kaiserkrone gezwungen wurde. Damals scheiterte der Versuch an dem Widerstande der sog. kleinen Entente und an der Erhebung größerer Volksmassen in Deutschösterreich und der Tschechoslowakei. Karl konnte nur unter schwierigen Umständen wieder nach seinem Zufluchtsort zurückgelangen, da sein Zug wiederholt von Arbeiteransammlungen ernstlich bedroht wurde. Ob diesmal der Anschlag ebenso operettenthaft verlaufen wird, ist fraglich, da die Verhältnisse andere geworden sind. Ungarn ist unter der Verweigerung von Horthy tatsächlich wieder als Königreich proklamiert worden, und der bisherige Ministerpräsident Bethlen sagte erst kurz vor dem Erscheinen Karls in einer Versammlung, er sei für ein nationales Königstum. Die ungarische Regierung habe die Pflicht, mit den Großmächten in diplomatische Verhandlungen über den Standpunkt der ungarischen Nation in der Königsfrage einzutreten. Unter diesen Umständen und bei dem Eintreten aller Kräfte für eine Monarchie in Ungarn ist nicht anzunehmen, daß der neue Versuch Karls ohne größere Verwicklungen ablaufen wird.

Eine Schlacht in der Umgebung von Budapest.

Das Heer des Kaisers vor Budapest.

Wien, 23. Okt. Das Wiener Korrespondenz-Bureau meldet aus Budapest: Seit den frühen Morgenstunden ist in der Umgebung von Budapest eine Schlacht im Gange. Von Zeit zu Zeit hört man dumpfen Kanonendonner. Es verlautet, daß der Schauplatz der Schlacht bei Budaszent sei.

Budapest, 23. Okt. Die Beförderung der Truppen des Königs, die zuerst durch Aufreißung der Gleise behindert worden war, wurde, nachdem die Gleise wieder in Ordnung gebracht waren, in sieben Zügen durchgeführt. Sie ging in der Richtung auf Budapest. Die im Gange befindliche Schlacht zwischen den Truppen des Königs und der Regierung dauert an. Die Hal-